Bezugspreis für November durch die Post bezogen 2.00 Mk. ausschl. Bestellgeld, in der Stadt Münster 2,00 Mk. **Beilagen:** „Am Weg der Zeit" (für das Geistesleben der Gegenwart), „Der Erzähler", „Der Frauen Welt und Heim", „Jugendland", „Der Wanderer" (für Reise, Bäder und Verkehr), „Stamm und Scholle" (aus Leben und Geschichte der Heimat), „Technik und Erfindung", „Der Münsterländer" (für Feld, Garten und Haus). **Sonder-Ausgaben:** Steinfurter Anzeiger, Warendorfer Anzeiger, Westmünsterländer Anzeiger, Borken-Bocholter Anzeiger (nur für die Bezieher der jeweiligen Kreise wochentäglich). **Redaktion und Verlag** Gallitzinstraße 13, Ecke Hamburger Straße — **Fernsprecher** Nr. 2418, 2419 und 2450. **Geschäftsstelle:** Münster, Prinzipalmarkt 13/14, Fernspr. Nr. 78. — Rheine, Emsstraße 34 a, Fernspr. 670. **Berliner Redaktion:** Paul Fr. Hüsgen, Berlin SW 48, Hedemannstraße 25, Fernsprecher Hasenheide 883.

Münsterischer Anzeiger

und Münsterische Volkszeitung

Preis 10 Pfg. im Einzelverkauf.
Anzeigen: Die mm Höhe 29 mm breit kostet für Anzeigen von Auftraggebern außerhalb des Reg.-Bezirks Münster sowie für alle amtlichen Finanz-, Sammel-, Markenartikel- und Vergnügungsanzeigen 15 Pfg., für sonstige Anzeigen aus dem Reg.-Bez. Münster 11 Pfg., aus der Stadt Münster 8 Pfg., Familienanzeigen 8 Pfg., bei Barzahlung 7 Pfg., kleine Anzeigen des privaten Verkehrs aus Münster bei Barzahlg. 6 Pfg. **Reklamen:** Die mm 90 Pfg. (Spaltenbreite 90 mm). Für Erfüllung von Platzvorschriften sowie Aufnahme an bestimmten Tagen und in bestimmter Größe wird keine Gewähr sowie für Druck- und Schönheitsfehler keine Haftung übernommen. Etwaiger Rabatt gilt als Kassenrabatt und kann verweigert werden, wenn Zahlung nicht binnen 4 Wochen nach Erhalt der Rechnung erfolgt. **Beilagen:** Gebührenberechnung nach Gewicht. **Postscheck-Konto** Köln 42 114. Erfüllungsort Münster i. W.

Morgen-Ausgabe. Freitag, den 18. November 1927 — 76. Jahrgang. Nr. 1184

Die Bekenntnisschule.

vdz **Berlin**, 17. Nov. (Tel.) Der Bildungsausschuß des Reichstages setzte heute die Beratung des Reichsschulgesetz-Entwurfes beim § 4 fort, der die Bekenntnisschule behandelt. Abg. Dr. Runkel (DVp.) setzte sich für die Bekenntnisschule ein, dort, wo sie notorisch geworden sei. Bei keiner Regierungspartei bestehe die Absicht, eine Kirchenschule zu schaffen. Gegen den volksparteilichen Redner wandten sich die Abgg. Frau Dr. Bäumer (Dem.) und Löwenstein (Soz.), die den Religionsgesellschaften das Recht bestritten, über Schulverhältnisse Bestimmungen zu treffen.

Nach weiterer Aussprache wurde unter Ablehnung sozialdemokratischer und demokratischer Anträge ein Antrag der Regierungsparteien angenommen, der folgende Auffassung festlegt:

„Die Bekenntnisschule dient zur Aufnahme von Kindern eines bestimmten Bekenntnisses, für dessen gemeinschaftliche Pflege eine Religionsgesellschaft besteht, die in dem betreffenden Lande die Rechte einer Körperschaft des öffentlichen Rechtes hat (Artikel 137 Abs. 5 der Reichsverfassung). Die Schule steht auch den Kindern eines verwandten Bekenntnisses offen. Aus besonderen Gründen können auch andere Kinder eingeschult werden. Ein besonderer Grund liegt stets dann vor, wenn ohne Aufnahme in die Bekenntnisschule die Kinder nicht oder nur mit besonderen Schwierigkeiten eingeschult werden können. Durch die Aufnahme solcher Kinder verliert die Schule nicht den Charakter als Bekenntnisschule."

Hierauf vertagte sich der Ausschuß.

Die Erhöhung des Maiszolles vom Reichsrat genehmigt.

‡ **Berlin**, 17. Nov. (Tel.) Der Reichsrat genehmigte heute den Gesetzentwurf über den Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und Jugoslawien. Dem Gesetzentwurf ist ein Artikel 3 angehängt, worin die Regierung die Erhöhung des autonomen deutschen Maiszolles von 3,20 auf 5,00 Mark vorgeschlagen hatte. Die Ausschüsse des Reichsrates hatten beschlossen, diesen Artikel abzulehnen. Ministerialdirektor Ritter beantragte in der heutigen Vollsitzung namens der Reichsregierung Wiederherstellung des Artikels 3 mit der Erhöhung des Maiszolles. Auf Antrag des preußischen Staatssekretärs Dr. Weismann fand über den Antrag der Reichsregierung namentliche Abstimmung statt. **Das Ergebnis war, daß die Regierungsvorlage mit 35 gegen 32 Stimmen wieder hergestellt wurde.** Gegen die Erhöhung des Maiszolles stimmten das preußische Staatsministerium, die Vertreter von Berlin, der Grenzmark, Posen-Westpreußen, der Prov. Niederschlesien, der Prov. Sachsen, der Prov. Hannover, der Prov. Hessen-Nassau, der Rheinprovinz, ferner die Staaten Baden, Hessen, Hamburg, Mecklenburg-Schwerin, Anhalt, Lübeck, Waldeck, Schaumburg-Lippe. Für die Erhöhung des Maiszolles stimmten die Vertreter der preußischen Provinzen Ostpreußen, Brandenburg, Pommern, Oberschlesien, Westfalen und die Staaten Bayern, Sachsen, Württemberg, Thüringen, Oldenburg, Braunschweig, Bremen, Lippe, Mecklenburg-Strelitz. Der Vertreter der Provinz Schleswig-Holstein enthielt sich der Stimme.

Die Beratung der Mieterschutznovelle.

vdz **Berlin**, 17. Nov. (Tel.) Der Wohnungsausschuß des Reichstages beriet am Donnerstag die Novelle zum Mieterschutzgesetz, und zwar den Abschnitt über die Beendigung von Mietsverhältnissen durch Kündigung oder Zeitablauf. Der Reichsrat hat diesen Teil der Regierungsvorlage gestrichen.

Ein Vertreter der sächsischen Regierung begründete diese Stellungnahme des Reichsrates. Die Durchführung der Gerichtsurteile, die nur bei Beschaffung von Ersatzräumen möglich sei, habe größere Schwierigkeiten gemacht, als die Entfernung eines böswilligen Mieters aus einer Wohnung. Die Bestimmungen des Mahnverfahrens könne man auf das Räumungsverfahren nicht anwenden. Durch dieses Verfahren würde nur noch eine Verschleppung eintreten. In Sachsen habe sich das Verfahren bisher glatt und schnell abgewickelt. Der Redner sah in der Vorlage der Reichsregierung eine materielle Verschlechterung gegenüber dem Zustande vor dem Kriege und schlug eine Änderung dahin vor, daß die Räumung keine „unbillige Härte" für den Mieter bedeuten dürfe. Das BGB. enthalte kein deutsches, sondern römisches Mietsrecht. Eine Neugestaltung des Wohnrechts müsse in Angriff genommen werden, so bald die Zeit gekommen sei. Eine Vertagung dieser Vorlage, etwa um zwei Jahre, hätte vielleicht bessere Grundlagen für eine Gesetzesänderung. Abg. Höllein (Komm.) zog aus diesen Ausführungen den Schluß, daß die Vorlage schwere Nachteile für die Masse der Mieter bringe. Abg. Silberschmid (Soz.) verwies auf die Ablehnung der Vorlage durch die Länder, die doch die Mietsgesetze durchzuführen hätten und also der Praxis näher stünden, als die Reichsregierung. Die Mieter litten schon jetzt unter dem Terror der Vermieter, namentlich die Mieter von Geschäftsräumen. In Berlin stünden schon 2000 Läden leer. Das Wohnrecht müsse in etwa zwei Jahren grundlegend umgestaltet werden. Man müsse scharf unterscheiden zwischen dem Eigentum an beweglichen und dem an unbeweglichen Sachen.

Ein Ministerialdirektor erklärte, ob die neuen Vorschriften zu einer unerträglichen Vermehrung der Zahl der Verfahren führen würden, lasse nicht ohne weiteres annehmen. Bei der starken Belastung der großen Gerichte könne heute nicht sofort ein Termin zur mündlichen Verhandlung angesetzt werden. Demgegenüber schaffe das vorgeschlagene Verfahren Erleichterungen und u. U. Ersparnisse an Zeit und Kosten für die Parteien. Der Gerichtsschreiber solle keine Entscheidung haben, sondern nur prüfen, ob die formellen Voraussetzungen der Kündigungen vorliegen. Ob man die Widerspruchsfrist über eine Woche hinaus verlängern wolle, wie es ein Antrag verlangt, sei eine Frage, über die noch zu sprechen sein werde. Der Vertreter der sächsischen Regierung hielt es trotzdem für empfehlenswerter, diese Prüfung dem Gericht zuzuweisen. Abg. Dr. Steiniger (DN.) regte an, daß die Fürsorgestellen eine Erklärung abgeben möchten, ob sie bereit seien, für zahlungsfähige Mieter Beihilfen zu geben. Vielleicht nehme die Regierung dazu Stellung. Das Gesetz über den Unterstützungswohnsitz biete die Handhabe hierzu. Abg. Lipinski (Soz.) schlug vor, auf die Beratungen dieser mangelhaft begründeten Vorlage zu verzichten und die Regierung zu einer neuen Vorlage aufzufordern, bei der die jetzigen Anregungen verwertet werden könnten. Der Antrag Lipinski auf Aussetzung der Beratung wurde jedoch abgelehnt. Abg. Tremmel (Ztr.) sprach seine Befriedigung darüber aus, daß Sachsen die Wiedereinführung des Kündigungsrechts des Vermieters nicht grundsätzlich ablehne und verteidigte den Entwurf, weil man nicht dauernd dem Hausbesitzer sein verfassungsmäßiges Recht am Eigentum entziehen könne. Ein Vertreter der preußischen Regierung versprach dem Abg. Tremmel, seinen Wunsch, Preußen solle seine Stellung zum Kündigungsrecht darlegen, an die zuständige Stelle weiterzugeben. Abg. Bartschat (Dem.) befürchtete von der Vorlage eine Vermehrung der Prozesse und lehnte den § 1 ab. Abg. Dr. Jörrissen (Wirtschaftspartei) erklärte sich für die Vorlage, falls sie, entsprechend seinen Anträgen, nach den Anregungen Sachsens verbessert würde. — Weiterberatung **Samstag.**

Eine Rede des Reichskanzlers im bayerischen Landtag.

Der feste Wille zur Eigenstaatlichkeit.

‡ **München**, 17. Nov. (Tel.) Nach dem Besuch im Deutschen Museum fand sich der Reichskanzler Dr. Marx im Ministerium des Äußern ein, wo eine Vorstellung des Gesamtministeriums erfolgte und der Ministerpräsident und der Reichskanzler kurze Ansprachen hielten. Bei der Begrüßung des Reichskanzlers im Landtag durch das Präsidium und die Fraktionsvorstände hielt der Landtagspräsident Königsbauer eine Ansprache, in der er erklärte, daß der Reichskanzler mit seinem Besuche im Landtag eine in den letzten Jahren traditionell gewordene Übung aufrecht erhielte. Der Besuch gelte der Besprechung von Existenzfragen des bayerischen Staates.

Reichskanzler Dr. Marx erwiderte darauf u. a., daß wir alle ohne Unterschied der Parteirichtung nur das eine Ziel hätten, nämlich dem Volke und dem Staate zu dienen, und zwar jeder nach seiner Auffassung. Wir müßten uns aber alle in dem einen Gedanken vereinen — und er sei überzeugt, daß auch die bayerische Regierung diese Auffassung teile — unserem Volke vorwärts zu helfen. Demgegenüber müsse alles Kleinliche, Egoistische und Materielle zurücktreten. Nur der eine Gedanke: vorwärts auf dem Wege zum Wiederaufstieg, müsse alle beschäftigen. Die Reichsregierung beschäftige sich mehr, als man annehme, mit den Sorgen Bayerns, zumal der bayerische Ministerpräsident dafür sorge, daß Bayern in Berlin nicht vergessen werde. Die Reichsregierung wisse auch, welche Bedeutung ein Land wie Bayern, mit seiner großen historischen Vergangenheit und seinen großen staatlichen und kulturellen Werten, besitze. So lange aber die bayerische Regierung und das bayerische Volk den festen Willen zur Eigenstaatlichkeit haben, sei es falsch und unrichtig, irgendwie zu versuchen, andere Zustände herbeizuführen. Die Reichsfreude müsse in den Herzen aller Reichsangehörigen gestärkt werden, und das könne nicht geschehen, wenn ein diesem politischen Ziel entgegengesetzter Weg beschritten würde. Der Reichskanzler schloß seine Ausführungen mit den besten Wünschen für eine erfolgreiche Arbeit der mühsamen und opferbereiten Tätigkeit der bayerischen Regierung zum Wohle Bayerns.

Im Anschluß an den Begrüßungsakt besichtigte der Reichskanzler mit den Herren seiner Begleitung den Sitzungssaal der ehemaligen Reichsratskammer und den Sitzungssaal des Landtages. Nach herzlicher Verabschiedung von den anwesenden Mitgliedern des Landtages verließ der Reichskanzler um 12 Uhr wieder das Gebäude und folgte, nachdem er noch von den beiden Bürgermeistern und von Mitgliedern des Stadtrates, im Rathause empfangen, und sich in das Gedenkbuch der Stadt eingetragen hatte, in Begleitung des Ministerpräsidenten einer Einladung des Reichsgesandten von Haniel zum Frühstück auf dessen Schloß Heimhausen. Im Laufe des Vormittags hatte der Kanzler auch seine Karte beim Kardinal Faulhaber, dem evangelischen Kirchenpräsidenten D. Veith und dem päpstlichen Nuntius abgegeben.

Von der Bayerischen amtlichen Pressestelle des Staatsministeriums des Äußern wird folgende Mitteilung ausgegeben: „Unter dem Vorsitz des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held fand heute nachmittag im Ministerium des Äußern die vorgesehene Besprechung zwischen der bayerischen Staatsregierung und Reichskanzler Dr. Marx statt. In der Besprechung wurden die das Reich und Bayern betreffenden aktuellen Fragen eingehend erörtert."

Heute abend ist der Reichskanzler Gast der Stadt München bei einem Abendessen im Rathause und begibt sich von dort aus zur Abreise um 22,55 Uhr nach dem Hauptbahnhof.

Die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz zur Kanzler-Rede.

In der Bayerischen Volkspartei-Korrespondenz wird heute erklärt, das ganze bayerische Volk danke dem Reichskanzler für die mannhaften Worte, die er mitten im Ansturm auf das bayerische Bollwerk im Hause der bayerischen Volksvertretung gesprochen habe. Es liege eine Mahnung in diesem Kanzlerwort (solange Bayern am eigenen Staate festhalte ...), die sich das bayerische Volk zu Herzen nehmen sollte. Das Schicksal der bayerischen Frage sei in die Hände des bayerischen Volkes gegeben. Von der Stärke und der Dauerhaftigkeit seines Willens werde es abhängen, ob es leben oder sterben werde. Daß es des Kanzlers ehrlicher Wille sei, bewußt keine Politik mitzumachen, die auf dem Umwege über finanzielle Maßnahmen die staatliche Selbständigkeit der Länder untergrabe, werde man in Bayern mit großer Genugtuung vernehmen. Die Reichsregierung, besonders das Reichsfinanzministerium, hätten zurzeit die schönste Gelegenheit, den Willen des für die Grundlinien der Reichspolitik verantwortlichen Reichskanzlers zu respektieren. Die klaren und verständigen Worte, die der Reichskanzler zur bayerischen Frage gesprochen habe und die ja nicht von der Überzeugung des Zentrumsführers zu trennen seien, würden sicher ihre gute Wirkung auf die bevorstehenden Verhandlungen zwischen der Bayerischen Volkspartei und dem Zentrum ausüben und hoffentlich zu einem guten Abschluß beitragen. Die Bayerische Volkspartei könne auf die Dauer nur mit einer Zentrumspartei zusammenarbeiten, die Bayern so respektiere, wie es Reichskanzler Dr. Marx in seinen treffenden Worten im bayerischen Landtag getan habe.

Der Reichskanzler an Bundespräsident Dr. Heinisch und Bundeskanzler Dr. Seipel

w **Wien**, 17. Nov. (Tel.) Reichskanzler Dr. Marx hat an den Bundespräsidenten Dr. Heinisch folgende Depesche gerichtet: „In dem Augenblick, in welchem ich das österreichische Bundesgebiet verlasse, spreche ich Ihnen, hochverehrter Herr Bundespräsident, zugleich auch im Namen des Reichsministers des Äußern, für den freundlichen Empfang, ehrerbietigen Dank aus. Dieser Empfang und die warme Anteilnahme der Bevölkerung haben uns von dem überaus herzlichen Charakter der Beziehungen zwischen Österreich und Deutschland aufs neue überzeugt. Mit meinen Abschiedsgrüßen verbinde ich meine innigen Wünsche für Ihr Wohlergehen. Reichskanzler Dr. Marx."

Bundeskanzler Dr. Seipel hat von Dr. Marx nachfolgendes Telegramm erhalten:

„Vor der Rückkehr in die Heimat danke ich Ihnen, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, und der österreichischen Regierung, zugleich im Namen des Reichsministers des Äußern, aufrichtig für den überaus herzlichen Empfang, den Sie uns in Wien bereitet haben. Die mit Ihnen verlebten Stunden werden uns unvergeßlich bleiben und wir würden uns glücklich schätzen, Sie auch bald in Berlin willkommen heißen zu können. Reichskanzler Dr. Marx."

Zur Frage der österreichischen Ehrenzeichen.

w **Wien**, 17. Nov. (Tel.) Bundeskanzler Dr. Seipel gab heute nachmittag im Budgetausschuß des Nationalrates zu dem von sozialdemokratischer Seite gestellten Antrag wegen Verleihung des Ehrenzeichens der Republik Österreich an die deutschen Staatsmänner eine kurze Erklärung ab, des Inhaltes, daß nach seinen Informationen die Verleihung des Ehrenzeichens durchaus nicht im Widerspruch mit der Verfassung des Deutschen Reiches stehe, weder mit ihrem Wortlaut und noch weniger mit ihrem Geiste. Übrigens sollte man sich in Österreich aus Gründen internationaler Höflichkeit in diese Fragen nicht einmischen. Auch wäre es in der ganzen Welt als Unfreundlichkeit erschienen, wenn von einer Verleihung der Ehrenzeichen an die deutschen Staatsmänner abgesehen worden wäre, und hätte zu unangenehmen Kommentaren Anlaß gegeben, „als ob die Freundschaft zwischen dem Deutschen Reiche und uns nicht eine so enge wäre, wie sie tatsächlich ist."

Kriegsbeschädigten-Ausschuß des Reichstages.

tu **Berlin**, 17. Nov. (Tel.) Der Kriegsbeschädigten-Ausschuß des Reichstages setzte heute die Beratung der Novelle zum Reichsversorgungs-Gesetz mit der Besprechung der neuen Vorschläge für die Bemessung der jährlichen Grundrente und der jährlichen Schwerbeschädigten-Zulage fort. Der Vertreter der Regierung legte gegenüber einem sozialdemokratischen Antrag dar, daß die Regierung zunächst nach Möglichkeit für die Schwerbeschädigten habe sorgen müssen. Nachdem das Ziel annähernd erreicht worden sei, habe die Regierung die Besserstellung der Leichtbeschädigten ins Auge gefaßt. Für die neue Vorlage habe man nur mit Mühe und Not 205 Millionen bereitstellen können. Weitergehenden Anträgen könnte die Regierung daher unter keinen Umständen zustimmen.

Im weiteren Verlaufe der Aussprache wurde betont, daß die von den Sozialdemokraten beantragte Abschaffung der Zusatzrenten, die auch die Regierungsparteien wünschten, nur schrittweise zu erreichen sei. Man könne sich für den sozialdemokratischen Antrag erst aussprechen, wenn der Finanzminister die finanzielle Tragbarkeit erklärt haben würde.

Der Ausschuß vertagte schließlich die Weiterberatung auf Freitag. Am Freitag wird der Reichsfinanzminister sich zu den vorliegenden Anträgen äußern.

Ausschuß für soziale Angelegenheiten.

vdz **Berlin**, 17. Nov. (Tel.) Der Reichstagsausschuß für soziale Angelegenheiten behandelte die Genfer Übereinkommen und Vorschläge zur Unfallversicherung in Verbindung mit der Denkschrift des Reichsarbeitsministeriums zu den diesbezüglichen Beschlüssen der Internationalen Arbeits-Konferenz. Dabei handelt es sich 1. um den Entwurf eines Übereinkommens über die Entschädigung aus Anlaß von Betriebsunfällen, 2. um den Entwurf eines Übereinkommens über die Entschädigung aus Anlaß von Berufskrankheiten, und 3. über die Gleichbehandlung einheimischer und ausländischer Arbeitnehmer bei Entschädigungen aus Anlaß von Betriebsunfällen.

Zu dem ersten Beschluß der Internationalen Arbeitskonferenz über die Entschädigung aus Anlaß von Betriebsunfällen führte Ministerialdirektor Grießen vom Reichsarbeitsministerium aus, daß die deutsche Unfallversicherung und das Übereinkommen im Aufbau Gegensätze zeigten. Das deutsche Recht hat sich in jahrzehntelanger Entwicklung zwar darauf beschränkt, die wirklich gefährlichen Betriebe zu erfassen, erfaßt sie aber — vielleicht von wenigen Ausnahmen abgesehen — lückenlos und legt den Hauptwert auf Vorbeugung, Wiederherstellung und ausreichende Entschädigung. Die Ratifizierung wird durch das Verhältnis zwischen dem Umfang des Entschädigungssystems und dem Inhalt der Leistungen erschwert, denn durch die Ratifizierung bindet sich das Reich mit seiner hochwertigen Versicherung vertraglich auch gegenüber solchen tarifizierenden Staaten, die zwar den Umfang der Versicherung ebenso weit ziehen, aber in ihren Entschädigungsleistungen stark zurückbleiben. Die Erweiterung der deutschen Unfallversicherung im Sinne der Genfer Beschlüsse würde die Neuerfassung von 1 bis 2 Millionen Betrieben bedeuten. Gegen eine Ratifizierung des Übereinkommens über die Berufskrankheiten bestehen keine Bedenken. Bei Ratifizierung des Genfer Übereinkommens, das die Gleichbehandlung einheimischer und ausländischer Arbeitnehmer bei Entschädigung anläßlich von Betriebsunfällen zum Inhalt hat, bedarf es keiner förmlichen Änderung des deutschen diesbezüglichen Gesetzes.

In der Generaldebatte, an der sich die Vertreter aller Parteien beteiligten, kam zum Ausdruck, daß die deutsche Unfallversicherung im Vergleich zu derjenigen anderer Staaten durchaus vorbildlich sei. Schließlich wurden in der Aussprache interessante Zahlen über die deutsche Sozialversicherung von Regierungsseite mitgeteilt. Danach beträgt der Aufwand aus Beiträgen für die deutsche Sozialversicherung 1913 insgesamt 1312 Millionen Mark, im Jahre 1926 3130 Millionen Mark und wird schätzungsweise im Jahre 1927 3540 Millionen Mark betragen.

Im weiteren Verlaufe erregte die Angabe eines Redners der Sozialdemokraten Aufsehen, wonach in der deutschen Unfallversicherung die Verwaltungskosten 10 Prozent der Leistungsausgaben ausmachten. Dieser wurde als unerhört bezeichnet. — Beschlüsse wurden nicht gefaßt, da die Mitglieder des Ausschusses sich erst noch mit ihren Fraktionen in Verbindung setzen wollen. Weiterberatung Freitag.

Zur Fortführung der Reichsetatsberatungen.

w **Berlin**, 17. Nov. (Tel.) Die in Berlin weilenden Minister hielten heute abend eine Sitzung ab, in der die bereits in der vorigen Woche begonnenen Beratungen über den Reichsetat für 1928 fortgesetzt wurden.

Unterredung zwischen Dr. Stresemann und Jackowski.

w **Berlin**, 17. Nov. (Tel.) Der polnische Bevollmächtigte für die Besprechungen über die Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Handelsvertrags-Verhandlungen, Herr Thaddäe Jackowski, Direktor der politischen Abteilung des polnischen Außenministeriums, ist in Berlin eingetroffen und hatte heute nachmittag eine längere Unterredung mit dem Reichsaußenminister. Die Besprechungen werden in den nächsten Tagen fortgesetzt.

Sitzung des interfraktionellen Ausschusses.

‡ **Berlin**, 17. Nov. (Tel.) Der interfraktionelle Ausschuß der Regierungsparteien des Reichstages hielt am Donnerstag nachmittag eine Sitzung ab, an der die Abgeordneten Graf Westarp, Treviranus, Dr. Gereke und Harmony von den Deutschnationalen, Morath, Keinath und Dr. Zapf von der Deutschen Volkspartei, Leicht von der Bayerischen Volkspartei, und Brüning vom Zentrum, teilnahmen. Man erörterte allgemeine Fragen der Steuergesetzgebung vom steuertechnischen Standpunkte aus. Es handelte sich hierbei um die Vorbereitung der Stellungnahme der Fraktionen zum Gesamtkomplex der Steuerfragen.

Der Kohlenkrieg im Unterhause.

Ein Vorstoß der Arbeiterpartei gegen Baldwin.

w **London**, 17. Nov. (Tel.) Im Unterhause erklärte Baldwin auf eine Frage Macdonalds, infolge der gestrigen Ereignisse werde er der Opposition keine weitere Gelegenheit zur Erörterung der Lage in der Kohlenindustrie geben. Macdonald erklärte darauf, die Opposition verlange eine Gelegenheit, die Haltung der Regierung und die Verantwortlichkeit Baldwins zum Gegenstand einer Debatte zu machen.

*

Die gestrigen Szenen im Unterhaus waren heute allgemeiner Gesprächsstoff in den Wandelgängen des Unterhauses und in den politischen Klubs. Während die Unruhestifter allgemein verurteilt werden, gehen die Meinungen über die Zweckmäßigkeit der Haltung der Regierung auseinander. In konservativen Kreisen ist man sehr zufrieden, daß Baldwin dem Druck der Linken nicht nachgab, während im liberalen Lager die Stimmen nicht selten sind, daß die Arbeiterpartei eine gute Sache mit schlechten Mitteln erfochten habe. Die Forderung, daß der Ministerpräsident in einer Mißtrauensdebatte persönlich das Wort nehmen sollte, wird als durchaus berechtigt angesehen. Es wird darauf hingewiesen, daß die Unruhen sich wahrscheinlich hätten vermeiden lassen, wenn von konservativer Seite bekannt geworden wäre, daß Baldwin in einem späteren Stadium der Debatte zu sprechen bereit war. Ganz anders beurteilt wird die Politik der Regierung, die gestern zu den Lärmszenen Anlaß gab. Bis weit ins konservative Lager hinein ist man der Auffassung, daß die Regierung eine wenig glückliche Hand zeigte und daß heute mit der Erklärung des guten Willens die Schwierigkeiten im englischen Bergbau nicht mehr zu lösen sind. In den Abendblättern wird dem Bedauern über die gestrigen Zwischenfälle Ausdruck gegeben, gleichzeitig aber darauf hingewiesen, daß die Regierung durch eine entgegenkommendere Haltung diese unerfreuliche Wendung hätte vermeiden können. Die Regierung sei in ihrer Haltung zu Beginn durchaus im Unrecht gewesen. Ihre Position habe sich erst gebessert, als die schweren Ausschreitungen der Linken jedes weitere Entgegenkommen unmöglich machten. Dem englischen Bergbau werde aber durch diese Art der Behandlung der Bergbaufrage nicht gedient, und es sei höchste Zeit, daß hier endlich der gesunde Menschenverstand zum Durchbruch komme.

Neue amerikanische Zollmaßnahmen gegen Deutschland?

♂ **Newyork**, 17. Nov. (Tel.) Nach hier vorliegenden amerikanischen Meldungen soll die deutsche Regierung beschlossen haben, Zollzuschläge auf die aus Amerika importierten Automobilzubehörteile zu legen. Wie aus Washington gemeldet wird, beabsichtigt die amerikanische Regierung mit ähnlichen Gegenmaßnahmen gegen die deutschen Importartikel vorzugehen. Die amerikanischen Zollbehörden haben angeblich bereits entsprechende Anweisungen erhalten.

*

Wie nach Erkundigungen von zuständiger Stelle mitgeteilt werden kann, kommt eine Erhöhung der Automobilzölle für Deutschland überhaupt nicht in Betracht, da die jetzigen Zollsätze durch die Handelsverträge mit den verschiedenen Ländern gebunden sind. Ebenso sind die Zölle für Automobilteile festgelegt. Es kann sich höchstens darum handeln, daß deutscherseits Erwägungen darüber bestehen, wie man der gegenwärtigen Umgehung dieser Automobilzölle durch die Errichtung der Montagewerkstätten ausländischer Autofirmen in Deutschland und der damit zusammenhängenden Einfuhr kleinster Einzelteile wirksam entgegentreten könne. Im übrigen würde es in Deutschland außerordentliche Überraschung hervorrufen, wenn die amerikanische Regierung tatsächlich beabsichtigen sollte, mit Maßnahmen gegen deutsche Importartikel vorzugehen, da man nicht annehmen kann, daß die amerikanische Regierung Deutschland bei der korrekten Durchführung der deutschen Zollvorschriften in den Arm wird fallen wollen.

Tod des Sultans von Marokko.

w **Paris**, 17. Nov. (Tel.) Der Sultan von Marokko, Mulay-Jussuf, ist heute vormittag gestorben. Mulay-Jussuf, der ein Alter von 45 Jahren erreicht hat, regierte seit 1912 als Nachfolger seines abgedankten Bruders Mulay-Hafid.

*

Mulay-Jussuf wurde im Jahre 1882 in Meknes (Marokko) geboren, als Sohn des Sultans Mulay-Hassan, der von 1873 bis 1894 als der 14. in der Dynastie der Aliden regierte, die seit 1833 das Sultanat (Maghreb Alsa) über Marokko innehaben. Nach Mulay-Hassan's Tod regierte Abd-el-Asis bis 1908. In diesem Jahre sah er sich genötigt, zu Gunsten seines Bruders Mulay-Hafid abzudanken, der sich mit Hilfe der Franzosen, die 1907 durch Besetzung von Casablanca Fuß in Marokko faßten, gegen ihn empört hatte. Nachdem dieser dann im April 1912 von den Franzosen zur Unterzeichnung des Protektoratsvertrages gezwungen worden war, konnte er sich aber gegenüber Angriffen aus den Reihen der marokkanischen Stämme auch nicht mehr halten. Er dankte daher am 12. 8. 1912 gegen eine Abstandssumme von 400 000 Francs und ein Jahrgeld von 375 000 Francs ab und lebt seither in Marseille. An seiner Stelle riefen die Franzosen am 13. 8. 1912 seinen Bruder Mulay-Jussuf, der von demselben Vater und derselben Mutter stammte wie Hafid, zum Sultan auf und schützten ihn seither gegen alle gelegentlich neu auftretenden Gegensultane. Seinen ältesten Sohn bereiten sie auf die Nachfolge vor.

Aus aller Welt.

Maßnahmen der französischen Regierung zur Behebung der Krise in der Landwirtschaft.

w **Paris**, 17. Nov. (Tel.) Wie die Agentur Havas berichtet, ließ die Regierung, um der Krise in der Landwirtschaft zu begegnen, dieser Tage durch Dekret die Getreidezölle erhöhen und auch die Einfuhrzölle heraufsetzen. Außerdem ist geplant, dem Parlament eine grundsätzliche Revision des Zolltarifes zu unterbreiten, durch die die Zollsätze für gewisse Produkte, wie Butter, Eier, Käse, Früchte usw., erhöht werden würden.

Abreise General Heyes aus Amerika.

‡ **Newyork**, 17. Nov. General Heye hat die Rückreise nach Deutschland angetreten. Vor seiner Abreise äußerte er sich lobend über die glänzende Aufnahme und das Entgegenkommen, das er in Amerika gefunden habe. Die Einrichtung der Training-Plätze fand der General sehr zweckmäßig und bedauerte, daß Deutschland durch den Versailler Vertrag ähnliche Einrichtungen verboten sein. Gestern war General Heye Ehrengast der Kadettenschule in Westpoint, wo er an einer Parade teilnahm.

Rückkehr der von Marokkanern entführten Europäer.

w **Paris**, 17. Nov. (Tel.) Havas meldet aus Rabat: Sämtliche von den Eingeborenen entführten sechs Personen sind nunmehr bei dem französischen Posten eingetroffen. Ueber die Bedingungen der Freilassung und über die Höhe des Lösegeldes ist bis zum Augenblick nichts bekannt.

Mustapha Pascha Nahas wurde zum Präsidenten der ägyptischen Kammer gewählt.

Eine Antwort an den Deutschen Beamtenbund.

Ortskartell Münster.

Unter dieser Überschrift wird uns mitgeteilt:

Der Ortsausschuß des Deutschen Gewerkschaftsbundes hielt am Dienstag, dem 15. November, eine äußerst stark besuchte Versammlung ab unter Leitung seines Vorsitzenden, Stadtrat Müller, die sich neben den Vorarbeiten zu den sozialen Wahlen unter anderem auch mit dem Kampf gegen den ersten Vorsitzenden des D. G. B., Herrn Abgeordneten Dr. Stegerwald, beschäftigte. Veranlassung zu dieser Stellungnahme gab die letzte Versammlung des Deutschen Beamtenbundes im Gesellenhause zu Münster und seine Entschließung. Der erste Vorsitzende, Stadtrat Müller, trug die Vorgänge in dieser Versammlung vor, wie sie nach den Berichten in der Presse festgestellt seien und wies die schiefen Darstellungen zurück. Die Diskussion war äußerst lebhaft. Einmütig wurde von allen Diskussionsrednern darauf hingewiesen, daß der Kampf gegen Stegerwald nur möglich sei, weil man demselben eine Stellung unterschöbe gegen die Beamten, die er nie eingenommen habe. Stegerwald nenne man, die christlich-nationale Arbeiterschaft wolle man treffen. Klar ginge aus Stegerwalds Ausführungen hervor, daß er nicht gegen die Beamten, sondern im Interesse der Beamten seine Ausführungen gemacht habe. Teilweise wurde ein scharfer Kampf gegen dieses unsaubere Manöver, was man wiederholt als Wahlmache für die nächsten Reichstagswahlen brandmarkte, gefordert.

Folgende Entschließung fand einstimmig Annahme: „Die Kartellsitzung des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Ortsausschuß Münster, bedauert, feststellen zu müssen, daß aus den Verlautbarungen aus hiesigen Beamtenkreisen in Zeitungsartikeln, Reden und Beschließungen wiederholt zum Ausdruck gebracht wurde, daß eine sachliche Auseinandersetzung über die Frage der Beamtenbesoldung anscheinend nicht möglich ist. Die wiederholten öffentlichen Auslassungen, Stegerwald sei gegen das Berufsbeamtentum, sowie gegen eine gerechte Besoldung der Beamten, können nur darauf beruhen, daß man seine Äußerungen mißverstanden hat oder vielleicht gar mißverstehen will, oder mit den Worten der Entschließung der letzten Beamtenkundgebung zu sprechen, öffentliche Hetze gegen Stegerwald betreiben will.

In der Frage, ob Stegerwald gerade in dieser Zeit, in der die Beamtenbesoldung in den Parlamenten zur Beratung steht, seine Ausführungen machen mußte, sind unseres Wissens die Führer der christlich-nationalen Arbeiterbewegung und ihre Mitglieder sich einig in der Meinung, daß, nachdem der Reichsfinanzminister die Erhöhung der Beamtenbesoldung in Magdeburg angekündigt hatte, weite Beamtenkreise noch viel weitergehende Forderungen aufstellten, und infolge dieser Situation eine gewaltige Preissteigerung zu kommen drohte, die Ausführungen Stegerwalds im Interesse der gesamten Arbeitnehmer und der Beamten selbst gelegen waren. Die Äußerungen Stegerwalds sind deshalb, wenn auch verschiedentlich falsch verstanden und verbogen, bisher nicht widerlegt worden.

Die christlich organisierte Arbeiterschaft ist stolz darauf, daß der Mann ihr erster Führer ist, der es wagte, das öffentlich auszusprechen, was im Interesse von Staat und Volk gesagt werden mußte, aber andere aus Furcht, unpopulär zu werden, nicht zu sagen wagten.

Gegenüber der Hetze, die gegen Stegerwald betrieben wird, stellt der Deutsche Gewerkschaftsbund, Ortsausschuß Münster, fest, daß es neben anderen christlichen Gewerkschaftsführern besonders Dr. Stegerwald war, der in der Nationalversammlung in Weimar wesentlich mit daran gearbeitet hat, daß das Berufsbeamtentum in der Verfassung des Deutschen Reiches anerkannt und festgelegt wurde.

Der gegen Stegerwald geführte unsachliche Kampf veranlaßt die Mitglieder des Deutschen Gewerkschaftsbundes, sich geschlossen hinter diesen zu stellen. **Sie sprechen ihm öffentlich ihren Dank dafür aus, daß er mit Nachdruck auf die ungeheure Notlage der Millionen Arbeiter hingewiesen und gefordert hat, daß dieser Notlage durch die Reichsregierung und die Regierungen der Länder Rechnung getragen werden muß.** Weder Stegerwald, noch irgendeine sonstige Stelle des Deutschen Gewerkschaftsbundes hat die notwendigen und möglichen Verbesserungen der Beamtengehälter bestritten, noch dagegen Stellung genommen.

Wer wirklich aus Beamtenkreisen Wert darauf legt, mit der übrigen Arbeitnehmerschaft gemeinsam zu arbeiten, muß dieser Tatsache Rechnung tragen.

Ein preußisches Aufwertungsgesetz.

vdz **Berlin, 17. Nov. (Tel.)** Der Rechtsausschuß des preußischen Landtages schloß am Donnerstag nachmittag die Vorberatungen des Gesetzentwurfes zur Aufwertung von Erbpachtzinsen, Grundmieten, Erbleihen und ähnlichen Ansprüchen ab. Das Gesetz beruht auf der Ermächtigung des Paragraphen 62 des Reichsaufwertungsgesetzes, nach dem die Länder Aufwertungsgesetze von Erbpachtzinsen und ähnlichen Ansprüchen usw. erlassen durften. Nach den Beschlüssen des Ausschusses tritt für die Aufwertung der Ansprüche der Kirche und der Schulverbände eine Aufwertung auf den Goldmarkbetrag, also auf 100 Prozent ein. Aufwertungsbeträge bis zu 5 Goldmark müssen durch Zahlung des 25fachen Jahresbetrages abgelöst werden.

Abg. v. Guérard über die Politik des Zentrums.

Schwarz-weiß-rot und Koalition.

Aachen, 16. Nov. In einer großen öffentlichen Versammlung gelegentlich des Bezirksparteitages des Rheinischen Zentrums für den Wahlkreis Köln-Aachen sprach der Fraktionsvorsitzende der Deutschen Zentrumspartei, Abgeordneter v. Guérard. Er führte aus: In jüngster Zeit werde die parlamentarische Stellung des Zentrums stark bemängelt. Man bezeichne sie vielfach als eine rein taktische und werfe dem Zentrum vor, es habe seine Grundsätze verlassen. Dies sei aber grundfalsch denn kein Jota der alten Grundsätze sei jemals aufgegeben worden. Man hätte sie nur den Bedürfnissen der neuen Zeit angepaßt. Nach dem Zusammenbruch habe die Zentrumspartei auf ihre Fahne geschrieben: Herein in den neuen Staat! und diese Parole sei auch befolgt worden trotz gewisser Hemmungen. Nur auf dem Boden der Republik könne Deutschlands Zukunft gesichert bleiben.

Das Zentrum schmähe nicht die Errungenschaften der großen Vergangenheit, sondern fußend auf dieser Vergangenheit wolle man den Bedürfnissen der neuen Zeit zum Zwecke eines Wiederaufbaues des deutschen Staates Rechnung tragen. In diesem Sinne sei auch die bisherige Arbeit des Zentrums in den verschiedenen Koalitionen zu werten. Ganz unberührt aber durch Einflüsse von rechts und links sei das Zentrum in die verschiedenen Koalitionen gegangen. Der Redner wies in dieser Beziehung auf das Republikschutzgesetz hin. Stets sei in den Richtlinien die Tatsache herausgestellt worden, daß die Achtung vor den verfassungsmäßigen Reichsfarben gewahrt werden müsse. Wer in eine Regierung hereingehe, sei gebunden nicht nur an diese Richtlinien, sondern auch durch tatsächliche Mitarbeit an der Republik. Wenn die schwarz-weiß-rote Fahne, so führte v. Guérard dann aus, die wir ehren, von den Rechtsparteien als Parteifahne und Symbol für den Wahlkampf mit dem versteckten Ziel einer Wiederaufrichtung der Monarchie entfaltet werde, dann sei das Ende der Koalition da.

Zusammenfassend wies Guérard noch darauf hin, daß das Zentrum berufen sei, der wahre Hüter der Verfassung zu sein, zusammen aber auch mit all denen, die auf dieser Grundlage mitarbeiten wollten. In dieser Beziehung betrachte er auch die Sozialdemokratische Partei als durchaus regierungsfähig. Als durchaus falsch sei die Ansicht des Grafen Westarp zu bezeichnen, der gesagt habe, daß die Gesundung Deutschlands nur durch Kampf gegen die Sozialdemokratie erfolgen könne. Von Guérard faßte seinen Standpunkt dahin zusammen, daß er nicht für oder gegen die Sozialdemokratie sei, er habe lediglich die Ueberzeugung, daß in Deutschland nicht mehr gegen die Arbeiter regiert werden könne. In seinen weiteren Ausführungen zählte er die Errungenschaften der gegenwärtigen Regierung auf sozialem Gebiete auf, woran das Zentrum richtunggebend vor allem mitgewirkt habe. Eine besonders scharfe Abfuhr ließ er den sogenannten Wirtschaftsparteien angedeihen, deren Bedeutung in den Parlamenten er als gleich wohl null bezeichnete, da sie bei wichtigen Entscheidungen stets in verschiedene divergierende Gruppen zerfielen.

Zuschriften aus dem Leserkreise.

Denkmalspflege.

Auf dem alten Überwasser-Friedhofe stehen, jedem Münsteraner bekannt, stehen 2 schöne Denkmäler, die das derzeitige VII. Armeekorps seinen verstorbenen Führern, Generalleutnant von Horn und Generalleutnant Roth von Schreckenstein, gesetzt hat. Bekanntlich ist das Schreckenstein-Denkmal vor mehreren Jahren seiner wundervollen Patina dadurch beraubt worden, daß man es schwarz wichste. Dieser Vandalismus hat damals starke Entrüstung hervorgerufen. Nun hat man auch das Horn-Denkmal „renoviert". Man hat dieses hervorragende Kunstwerk samt seiner Einfriedigung mit einer stumpfen grauen Ölfarbe übergestrichen. Das Denkmal macht jetzt einen geradezu schauderhaften Eindruck. Es war ja wohl durch die Witterung etwas schadhaft geworden, aber das hätte man doch wohl ausbessern und das ganze Denkmal dann mit neuem wetterfesten farblosen Lack überziehen können. Was jetzt geschehen ist, kann man nicht als Denkmalspflege bezeichnen, dafür ist ein ganz anderer Ausdruck angebracht. Hoffentlich wagt man sich nicht mit ähnlichen Praktiken nochmals an das Schreckenstein-Denkmal heran, das jetzt nach langer Zeit wieder schwache Ansätze grüner Patina zeigt. Sachverständige werden auch vielleicht Rat wissen, wie man das Horn-Denkmal von seinem häßlichen grauen Überzuge befreit und es in würdiger Weise wiederherstellt.

Aus der Promenade.

In dem Promenadenteil Neubrückentor—Hörstertor ist, gerade gegenüber dem Zwinger, der Fußgängerweg nicht durch Bordsteine von dem Fahrwege abgegrenzt. Die aus beiden Richtungen kommenden Radfahrer nehmen die — bekanntlich nicht ungefährliche — Kurve um den Zwinger herum durch weit ausholendes Fahren ganz dicht neben dem Fußgängerwege her, zuweilen auch, infolge der fehlenden Abgrenzung, über diesen hinweg. Die Fußgänger sind an dieser Stelle ständig in Gefahr, von den Radfahrern angerannt zu werden. Die Beseitigung dieses Zustandes ist dringend geboten. Dazu wird sich Gelegenheit bieten, wenn demnächst die der Art verfallenen Ulmen der genannten Promenadenstrecke — leider sind es fast alle dort stehenden Bäume — umgelegt werden. Dann müssen die Wege ja sowieso reguliert werden. Die Stadtverwaltung möge sich dann auch aller Fußwege dieses Promenadenteils — des schmutzigsten von allen bei Regenwetter — fürsorglich annehmen und dafür sorgen, daß die Wege von den vielen spitzen Steinen befreit werden.

Für die Erhaltung alter Bräuche in Kinderhaus.

Man schreibt uns: Sicherem Vernehmen nach soll die Reichsbahn neuerdings sehr auf die Erhaltung altertümlicher Einrichtungen bedacht sein, um dadurch dem Publikum das Reisen interessanter zu gestalten. Besonders hat sie hierbei die altehrwürdige Petroleumbeleuchtung der Bahnhöfe ins Auge gefaßt, dieselbe soll in weit abgelegenen Orten zwar überall abgeschafft werden, dagegen auf den Haltestelle in der Nähe der Großstädte und an wichtigen Brennpunkten des Verkehrs auf alle Fälle erhalten bleiben. So erfreut sich unmittelbar an der Stadtgrenze die Haltestelle Kinderhaus, am Kreuzungspunkt der Gronauer Bahn mit der verkehrsreichen Grevener Straße gelegen, noch immer dieser traulich gemütlichen Beleuchtung aus Großväters Zeiten. Die Bewohner von Kinderhaus sind ob der Erhaltung dieses alten Brauches ganz gerührt und wissen nicht, wie sie der Reichsbahn gebührend danken sollen.

Von kundiger Seite wird berichtet, daß auch die Städtisch. Betriebsverwaltung ganz ähnliche Pläne hegt. Sie soll beabsichtigen, die elektrische Straßenbeleuchtung, die sie im vorigen Jahre eingerichtet hat, wieder abzubauen und dafür die zerschlagenen Petroleumlaternen wieder aufstellen zu lassen, weil diese ebensogut ihren Zweck erfüllten: leuchten tun sie beide nicht. Wahrheitsgemäß sei jedoch hinzugefügt, daß letzteres nicht ganz richtig ist, die elektrischen Straßenlaternen gaben nämlich diesen Sommer an manchen Tagen ganz prächtiges Licht zu jeder Tagesstunde, auch am hellen Mittag Wozu also die Aufregung! Wer jetzt in der Finsternis in eine Pfütze fällt, der kann sich doch damit trösten, daß er nächsten Sommer in der Mittagssonne wieder im hellsten Laternenscheine wandeln darf. Vielleicht schickt auch die Verwaltung einige Arbeitslose, welche die Pfützen der Wege im und zum Orte noch etwas erweitern und vertiefen, der Vollständigkeit halber, und um den alten Brauch der schlechten Wege nicht aussterben zu lassen Allen, die sich in dieser Weise um die Erhaltung alter Sitten bemühen, herzlichen Dank! B.

Nochmals der Eisenbahnverkehr Hamm—Münster.

Wenn die Triebwagen in Hiltrup ankommen sind sie meistens schon sehr überfüllt. Hier müssen jedoch des Morgens noch 80 Mann untergebracht werden. So wie bekannt und wie auch die im Innern der Wagen angebrachten Schilder besagen, ist der Aufenthalt auf der Plattform verboten. Jedoch müssen auf den Plattformen mindestens 20—30 Personen Platz nehmen, um überhaupt mitzukommen. Daß hierdurch sehr leicht Erkältungskrankheiten entstehen, besonders in der jetzigen Jahreszeit, wird wohl niemand bezweifeln. Auch läßt die Sicherheit sehr zu wünschen übrig, wenn Wagen, die 16 Stehplätze aufweisen, 30—40 Personen Stehplätze gewähren müssen. Die Reichsbahngesellschaft möge sich einmal hiervon überzeugen, wozu täglich Gelegenheit ist. An einem Abend der vorigen Woche war der Triebwagen mit den beiden Anhängern derart überfüllt, daß man in Hiltrup kaum aussteigen konnte.

Wünsche aus Hiltrup.

Kommt man des Abends aus dem überfüllten Triebwagen vom Bahnhof so hat man das Vergnügen, durch tiefen Morast wandern zu dürfen, ehe man auf die Bahnhofstraße gelangt. Schon im vergangenen Frühjahr wurde über die schlechte Beschaffenheit dieser Straße und des Bahnhofsvorplatzes geklagt, ohne daß jedoch bis jetzt Abhilfe geschaffen worden ist. Es sind inzwischen Steine angefahren worden, die auf eine Neupflasterung der Straße hinter dem Bahnhofsgebäude schließen lassen. Hoffentlich geschieht dies recht bald, damit man trockenen Fußes dort gehen kann. Wäre es nicht möglich, auch den Fußweg von der Wirtschaft Lohmann zum Bahnhof aufzufüllen? Wie ist es mit der Anlegung des Bürgersteiges auf der Bahnhofstraße?? Warum werden die fehlenden elektrischen Lampen nicht durch neue ersetzt? Könnte das Licht nicht bis nach Einlaufen des letzten Abendzuges brennen? Bei Regenwetter ist es auch kaum möglich, trockenen Fußes in die Kirche zu gelangen, weil der Kirchplatz dringend einer gründlichen Auffüllung bedarf. Für die Kinder liegt es doch sicher nicht im gesundheitlichen Interesse, jeden Tag mit nassen Füßen in die Kirche und nachher zur Schule zu kommen.

* ○ **Der Kampf um das Bild Prinz Wilhelms von Preußen.** **Berlin**, 17. Nov In der Berufungsverhandlung des Prozesses, den Prinz Wilhelm von Preußen wegen seines Bildes auf dem Umschlag des Domela-Buches gegen den Malik-Verlag angestrengt hatte verwarf heute das Gericht die Berufung des Verlages In seiner Begründung führte der Vorsitzende des Gerichts aus, daß das Gericht der Ansicht sei, daß der Kläger, Prinz Wilhelm, nicht mehr der Weltgeschichte angehöre. Seine Zugehörigkeit zu einem früheren Herrscherhaus machte ihn zwar früher zu einer Persönlichkeit der Zeitgeschichte. Das Gericht ist ferner der Meinung, daß jemand, wenn er als zeitgeschichtliche Persönlichkeit gewertet werden soll, auch Leistungen oder Tätigkeiten vollbringen müsse, die diese Zugehörigkeit zur Geschichte rechtfertigen. Das liege bei dem Prinzen Wilhelm jedoch nicht vor.

* ⊜ **Deutsche Verbrecher in Schweden verhaftet.** **Berlin**, 17. Nov Wie die Abendblätter aus Gotenburg (Schweden) melden, wurde dort bei dem Versuch, einen Geldschrank mit Dynamit zu sprengen, eine dreiköpfige deutsche Verbrecherbande, die seit langem von den deutschen, holländischen und dänischen Strafbehörden gesucht wird, verhaftet

* ⊜ **Verurteilung eines früheren Sparkassenvorstehers.** **Danzig**, 15 Nov. Der frühere Sparkassenvorsteher Heusterberg wurde heute nach zehntägiger Verhandlung vom Erweiterten Schöffengericht wegen Betruges und passiver Bestechung, durch die die Sparkasse Danzig um 400 000 Gulden geschädigt wurde, zu zwei Jahren und sechs Monaten Gefängnis und Absprechung der bürgerlichen Ehrenrechte auf drei Jahre verurteilt. Die übrigen Angeklagten erhielten teils Gefängnisstrafen, teils wurden sie freigesprochen Der Staatsanwalt hatte gegen Heusterberg eine Zuchthausstrafe von zwei Jahren und sechs Monaten beantragt.

* ℘ **Zerstörung von Schiffen durch Eismassen.** **Moskau**, 17. Nov **(Tel.)** Am Dienstag rissen die auf der Newa treibenden Eismassen 5 mit Holz beladene Schiffe vom Anker und zertrümmerten sie Gestern erlitt in den Ladoga-Kanälen ein mit Kesseln beladener Dampfer „Berlina" bei dem Versuch, sich durch die Eismassen hindurchzubohren, eine Havarie und versank.

* **John Sobieski gestorben.** **Newyork**, 15. Nov. In Los Angeles starb heute Oberst John Sobieski, ein direkter Nachkomme des Königs Johann III. von Polen. Er hatte ein abenteuerliches Leben hinter sich Während des amerikanischen Bürgerkrieges war Sobieski Geheimagent des Präsidenten Lincoln. Er begab sich wiederholt durch die feindlichen Linien als polnischer Flüchtling verkleidet und sammelte wertvolle militärische Nachrichten für die Bundestreitkräfte ein. Nach dem Kriege ging er nach Mexiko und trat in den Dienst des Präsidenten Juarez während des Kampfes gegen Kaiser Maximilian Sobieski war der Befehlshaber der Truppe, die den Kaiser nach seiner Gefangennahme erschoß. Später kam Sobieski selber in Gefahr, von den Mexikanern erschossen zu werden, wurde aber schließlich auf sehr romantische Weise gerettet. Die Tochter des mexikanischen Generals, der Sobieski gefangen genommen hatte, ritt zu dem 500 Meilen entfernten Hauptquartier des Oberbefehlshabers der mexikanischen Armee und erlangte die Begnadigung des Verurteilten auf Grund seiner früher geleisteten wertvollen Dienste.

* ⊜ **Klage gegen Max Reinhardt wegen „Vertragsbruches".** **Newyork**, 14 Nov. Max Reinhardt wurde nach seiner Ankunft von einer Newyorker Anwaltfirma auf Veranlassung des Theaterunternehmers Meinen in Cincinnati eine Klage übergeben, die Reinhardt des Vertragsbruches bezichtigt und ihn an seinem Auftreten in Amerika verhindern soll Meinen, der bereits mit Reinhardt einen Vertrag abgeschlossen haben will, stellt eine Schadenersatzforderung in Höhe von einer Million Dollar. Professor Reinhardt erklärte Pressevertretern, er sehe seine Hauptaufgabe darin das amerikanische Publikum mit der deutschen Sprechbühne bekannt zu machen. Er werde bestrebt sein, die Vorführungen so intim wie möglich zu gestalten. Reinhardt beabsichtigt, bis zum April in Amerika zu bleiben, da er noch für einen Film für die United Artistes zu arbeiten gedenkt Reinhardt lehnte die Theaterzensur, wie sie in Newyork gehandhabt wird, ab, sprach sich aber für eine beschränkte Zensur aus Alexander Moissi drückte den Wunsch aus, sich in Amerika ebenso viel Hörer zu erwerben wie in Europa.

* ⊜ **Chaplin gewinnt einen Prozeß.** **Newyork**, 14 Nov. Der Filmspieler Charlie Chaplin hat einen Prozeß gewonnen, den der Schriftsteller Leo Loeb wegen angeblichen Plagiats gegen ihn angestrengt hatte Loeb behauptete, Chaplin habe in seinem Film „Gewehr über" ein Motiv benutzt, das er selbst in einem Theaterstück verwendet hatte. Er forderte 50 000 Dollar Schadenersatz. Der Prozeß wurde zum zweiten Male verhandelt, da sich die Geschworenen bei der ersten Verhandlung nicht hatten einigen können Chaplin hatte bestritten, das Manuskript Loebs gekannt zu haben.

* **Kolliedie und ihre Hehler gefaßt.**

○ **Berlin**, 15. Nov In letzter Zeit häuften sich wieder die Kolli-Diebstähle in verschiedenen Teilen der Stadt. Die Polizei stellte fest, daß fünf Kolonnen von jungen Burschen im Alter von 16—20 Jahren am Werke waren Es gelang ihr gestern spät nachmittags, eine dieser Kolonnen im Osten Berlins auf frischer Tat zu fassen. Den Ertappten konnten 12 Diebstähle nachgewiesen werden, die sie auch einräumten Als ihre Abnehmer wurden ein Kaufmann in Berlin und ein Kolonialwarenhändler in Lichtenberg ermittelt, die ebenfalls festgenommen wurden Eine zweite Kolonne unter Führung eines früheren Fleischers stahl nicht nur Teile von Warenladungen, sondern auch die Wagen selbst mit ganzen Ladungen von Fleisch und Fleischwaren; die Wagen wurden später an irgendeiner Stelle leer aufgefunden Gestern nachmittag wurde dieser Anführer der Kolonne auf frischer Tat ergriffen, der seine Beute, vier Zentner Schweine- und Hammelfleisch in eine nahegelegene Speisewirtschaft geschafft hatte Auch der Wirt wurde verhaftet, der behauptet, in gutem Glauben die Ware gekauft zu haben.

* **Eine Erklärung der Firma Hagenbeck.**

⊜ **Hamburg**, 15 Nov Zu Veröffentlichungen in verschiedenen Tageszeitungen stellt die Firma Carl Hagenbeck folgendes fest: Die Behauptung, daß wir unseren Tierpark zu schließen gedenken, besonders aus wirtschaftlichen Schwierigkeiten, trifft nicht zu. Eine Verlegung des Tierparks nach den Vereinigten Staaten kommt nicht in Frage. Herr Heinrich Hagenbeck wird neuerdings aufgefordert, aus geschäftlichen Gründen nach den Vereinigten Staaten zu kommen und wird diesem Ersuchen entsprechen Richtig ist, daß wir uns gegen die Eingemeindung nach Altona gewehrt haben Ob unsere Befürchtungen, daß wir aus der Eingemeindung nach Altona Nachteile haben werden, berechtigt sind, bleibt abzuwarten. Unser Tierpark ist heute im Aufbau, ihn nach den Gedankengängen des verstorbenen Gründers auszubauen und zu vollenden, dafür fehlen die nötigen Mittel Wir würden uns freuen, wenn die Öffentlichkeit sich für dieses uns so wichtige Problem im Interesse Deutschlands mit interessieren würde.

* **Festnahme zweier Geldschrankknacker.**

Königsberg, 15 Nov. Die Kriminalpolizei verhaftete zwei Einbrecher, die die hiesige Geschäftswelt besonders durch Geldschrankeinbrüche beunruhigt hatten. Der eine von beiden ist der pensionierte Regierungssekretär Karl Schäfer der tagsüber im benachbarten Löwenhagen als Siedler und Beamter a. D. ein ehrsames Bürgerdasein führte, während er nachts in Königsberg mit Helfershelfern Einbrüche verübte, von denen seine Familie nichts wußte. Auch seine in Königsberg wohnende Mutter, in deren Wohnung er sein umfangreiches Diebeswerkzeug aufbewahrte, ahnte nichts von seiner verbrecherischen Tätigkeit Der zweite Verhaftete ist der bereits wegen Einbrüche und Diebstähle vorbestrafte Handlungsgehilfe Gotthard Grunwald. Auch bei ihm beschlagnahmte die Polizei Einbrecherwerkzeuge Nachgewiesen sind den Verhafteten bisher fünf Einbrüche, bei denen ihnen aber nur geringe Summen — in einem Falle der Höchstbetrag von 2000 Mark in die Hände fielen.

Luftfahrt.

Ein finnländisches Flugzeug vermißt

⊜ **Helsingfors**, 17. Nov. Ein Flugzeug der Aero-Gesellschaft ist auf der Fahrt von Reval nach Helsingfors verschwunden. Das Flugzeug ging am Mittwoch um 14,15 Uhr ab An der finnländischen Küste herrscht dichter Nebel. Die Forschungen nach dem Flugzeug sind bisher erfolglos geblieben. In dem Fahrzeug befanden sich außer dem Führer und dem Mechaniker zwei Offiziere des finnländischen Generalstabes

---

Zur Tagesordnung übergehend, bezeichnete v. Guérard die Vorlage des Reichsfinanzministers zur Beamtenbesoldungsordnung als notwendig nicht nur im Interesse der Beamten, sondern auch im Interesse des ganzen Volkes. Die Ausgaben für diese Vorlage schätze er auf 1,4 bis 1,5 Milliarden Was die vielfach aufgeworfene Frage angehe, ob von einer Uebersetzung in der Beamtenschaft zu sprechen sei, so sei eine Vermehrung und Bürokratisierung in der Beamtenschaft nicht ganz zu verkennen. Die Kosten der Zentralinstanzen hätten sich z. B. gegenüber der Vorkriegszeit fast verdoppelt, trotz Verringerung ihres Aufgabenkreises. Zu der Frage der Abgrenzung zwischen Reich und Ländern stehe das Zentrum nach wie vor auf dem Boden seines föderalistischen Programms, allerdings nicht im Sinne eines Föderalismus um jeden Preis. Zum Problem des Schulwesens sei zu bemerken, daß die konfessionelle Schule mit allem Nachdruck zu verlangen, die sogenannte Regelschule abzulehnen sei. In der Außenpolitik sei gegenwärtig eine gewisse Ruhepause zu verzeichnen. Das Zentrum werde außenpolitisch die Linie der Versöhnung und der Befriedung schon angesichts der Wehrlosigkeit unseres Volkes fortführen. Allerdings müsse Deutschland Freiheit seines nationalen Lebens verlangen, und diese sei so lange nicht vorhanden, als noch ein fremder Soldat auf deutschem Boden stehe.

Der Kyffhäuserbund zur Flaggenfrage.

b **Berlin**, 17. Nov. **(Tel.)** Der Präsident des Kyffhäuserbundes, General der Artillerie a. D. von Horn, veröffentlicht die Richtlinien für die Kriegervereine in der Flaggenfrage. Im ersten Teil der Erklärung, die der „Kyffh. user", das Zentralorgan der deutschen Kriegervereine, veröffentlicht, betont General von Horn noch einmal die „parteipolitische Neutralität" des Kyffhäuserbundes, dessen Angehörige alle den Farben Schwarz-Weiß-Rot — den „Bundesfarben" —, die Treue bewahrten und in deren Zeichen der Kyffhäuserbund allein „seine hohen Aufgaben" lösen könne General von Horn fährt dann fort: „Aber mit der Ehrung der Vergangenheit allein ist es nicht abgetan. Wir müssen die Aufgaben der Gegenwart verstehen, um an der Zukunft bauen zu können. Wir müssen uns klar darüber sein, daß alle diejenigen, die sich zum Staate bekennen, die gewillt sind, am Staate und im Staate mitzuwirken — und das wollen wir, weil wir es für notwendig halten — auch verpflichtet sind, die Staatsautorität zu stützen. Darum muß auch die heutige Reichsflagge, so lange sie besteht, als solche gewürdigt werden, mag dies auch hohe Anforderungen an Herz und Gemüt der alten Krieger stellen. Wird in Einzelfällen Wert darauf gelegt, die Vertreter der Behörden bei unseren Festen zu sehen und bekommt dadurch die Veranstaltung einen offiziellen Charakter, so müssen wir unsere politische Neutralität äußerlich noch dadurch bekunden, daß wir neben unseren Bundesfarben auch die Reichsflagge in der verlangten Form zeigen.

Aus der Stadt.

Münster, 18. November.

℘ **Vom Theater der Stadt Münster.** Nach einer Pause von fast 15 Jahren erscheint am Samstag, den 19. November Mozarts unsterblicher „Don Juan" wieder auf der Bühne des Theaters der Stadt Münster. Die Aufführung verspricht ein besonderes künstlerisches Ereignis zu werden Die Oper wurde musikalisch vollständig neu einstudiert durch den städtischen Musikdirektor Dr. Richard von Alpenburg; die szenische Leitung hat Hans Nikolaus Mang, der überdies auch die Bühnenbilder entworfen hat. In den Hauptrollen sind beschäftigt die Damen Käthner, Daalen, van Rhyn-Stellwagen, sowie die Herren Ler, Grimberg, Dr Balint und Berzé. Die Vorstellung beginnt um 19,45 Uhr **Preise 4.** — Es ist der Intendanz gelungen, den Heldentenor der Wiener Staatsoper und des Kölner Opernhauses Josef Kalenberg zu einem zweiten Gastspiel als Lohengrin für Sonntag, den 20. November zu gewinnen. Dieses Engagement dürfte den vielen Theaterbesuchern, die bei dem ersten Auftreten Kalenbergs wegen der Überfüllung des Hauses keine Eintrittskarten mehr erhalten konnten, sehr willkommen sein. Voraussichtlich wird die Lohengrin-Aufführung am Sonntag die letzte Gelegenheit sein, den bedeutsamen Gast in der Titelpartie hören zu können. Die Aufführung beginnt um 19 Uhr. Wegen der erhöhten Kosten des Gastspiels gelten Preise 5.

℘ **Die erste und zweite Ziehung der Auslosungsscheine zur Ablösungsanleihe des Provinzialverbandes der Provinz Westfalen** für die Jahre 1926 und 1927 wird am 28. dieses Monats stattfinden. Die Auszahlung der Auslosungssumme und Zinsen erfolgt am 31. Dezember 1927, sofern die Auslosungsscheine und Schuldverschreibungen rechtzeitig vorgelegt werden. Verlosungslisten können vom 30. November ab unentgeltlich bei der Westfälischen Landesbank bezogen werden.

Aus den Provinzen.

℘ **Salzbergen**, 16. Nov (Pater Brühlmann gestorben.) Der hochw. Herr Pater Brühlmann, Pfarrer auf dem Gute Stovern, ist am Sonntag abend im Krankenhause zu Datteln nach kurzer schwerer Krankheit im Alter von 74 Jahren gestorben. Noch vor einer Woche ist er zum Besuche nach dem Freiherrl v Twickelschen Gute Vogelsang bei Datteln gefahren, wo er alsdann von der tödlichen Krankheit befallen wurde. Pater Brühlmann war früher in den Missionen und später als Pfarrer in Italien tätig. Gegen Ende des Krieges kam er nach dem benachbarten Gute Stovern und versah dort die Seelsorge. Seine Gesundheit war in der letzten Zeit sehr geschwächt. Als eifriger frommer Priester stand er sowohl bei den Gutseingesessenen als auch bei der Bevölkerung von Salzbergen und Umgegend in hohem Ansehen. Die Beisetzung findet in Datteln statt.

Große und kleine Verwaltungsreform.

Ein neuer Protest zur Verschmelzung Buers mit Gelsenkirchen.

℘ **Buer**, 17 Nov. In einer von etwa 1000 Personen besuchten Volksversammlung, die von Amtsgerichtsrat Reidick geleitet wurde, wurde folgende Entschließung nach einem Referat des Rektors Trittermann einstimmig angenommen:

„Die am 16. November im Gesellenhaus in Buer tagende öffentliche Volksversammlung erhebt schärfsten Protest gegen die von der Staatsregierung über den Kopf der Buerschen Bevölkerung hinweg betriebene Verschmelzung der Stadt Buer mit Gelsenkirchen Sie mißbilligt die Haltung der Stadtverwaltung und der Stadtverordnetenmehrheit, weil sie befürchtet, daß die verhängnisvolle Aufstellung von Bedingungen den Plänen der Staatsregierung Vorschub leistet. Sie hält fest an der Forderung, daß die im Vordergrund stehende Siedlungsfrage nur so gelöst wird, daß die kommunale Selbständigkeit Buers unter keinen Umständen dabei angetastet wird. Sie verlangt daher von der Staatsregierung, daß der Gesetzentwurf über die Verschmelzung der Städte Buer und Gelsenkirchen unverzüglich zurückgezogen wird."

Außerdem wurden Vorbereitungen getroffen, die Unterschriften der Gegner der Verschmelzung zu sammeln und dem Eingemeindungsausschuß des Staatsrates gelegentlich seiner Anwesenheit in Buer am kommenden Sonntag zu überreichen.

Keine Umgestaltung des Regierungsbezirks Minden.

Minden, 17. November.

Der Hannoversche Kurier schreibt: In der letzten Woche gehen durch die Presse bestätigende und sich widersprechende Nachrichten die von einer Gesamtaufteilung des ganzen westlichen Industriegebietes, von Umgemeindungen in Westfalen und im Zusammenhang damit von der Umgestaltung des Regierungsbezirks Minden melden Von Regierungsseite erfahren wir dazu daß die gesamten Pläne im Westen, soweit sie Umorganisationen betreffen, augenblicklich noch garnicht zu übersehen sind. Die auftauchenden Projekte sind Niederschläge von Wünschen einzelner Orte, die die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken beabsichtigen. Die Reorganisationsfrage steht im Zusammenhang mit der allgemeinen Verwaltungsreform im Reiche. Es ist selbstverständlich, daß in Verfolgung der Regierungspläne kleinere Kreise und Regierungsbezirke aufgeteilt oder anderwärts angegliedert werden. Die Frage um die Aufteilung des Regierungsbezirks Minden ist augenblicklich aber nicht aktuell. Die Absicht einer Aufteilung ist dazu seinerzeit vom Landkreistage auf das schärfste bekämpft worden, da man unter allen Umständen den Regierungsbezirk Minden halten will. Man hat sich die Verwaltungsreform viel großzügiger zu denken, als sie sich in den Umgemeindungs- und Reorganisationsplänen im Ruhrgebiet usw widerspiegelt Man rechnet in maßgeblichen Kreisen damit, daß gegebenenfalls ganz Preußen in Deutschland aufgeht und daß dann die beiden lippischen Staaten, denen wohl ein Aufgehen in Deutschland, aber nicht in Preußen sympathisch wäre, der Anschluß an Westfalen möglich gemacht wird. Es würde sich dann ein Zusammenschluß mit Minden ergeben und eine neue Gliederung mit den beiden lippischen Staaten möglich sein.

Aus dem Emslande.

○ **Lingen**, 16. Nov (Das Kirchenkonzert,) ausgeführt von Fräulein Trude Epping (Sopran) und Herrn Franz Kaiser (Orgel) in der Gutskirche zu Geeste erfreute sich eines guten Besuches. Die Vorführungen boten einen hohen Genuß Möchten doch solche Darbietungen mehr geboten werden. — Die zweite Aufführung „Judah" im Gesellenhaus fand wiederum vor ausverkauftem Hause statt. Die dritte Aufführung ist am Sonntag, den 20. November.

○ **Papenburg**, 17 Nov. (3 Emsländischer Zentrumsparteitag.) Im Saale des Hotels Hilling fand am Buß- und Bettag der 3 Emsländische Parteitag statt. Der Vorsitzende, Studienrat Schwenne aus Lingen, hielt die Begrüßungsansprache. Es war eine große Anzahl von Gästen erschienen, von denen wir nur folgende nennen: Reichstagsabgeordneter Ökonomierat Pennemann, Ministerialrat Wegmann, den Landtagsabgeordneten Professor Grebe, die Provinziallandtagsabgeordneten Kuhr und Terstiege, die Landräte Freiherr von Fürstenberg und Behnes, die Bürgermeister Jaeger-Papenburg und Gilles-Lingen Zuerst wurde die Frage des Einheitsstaates und der Verwaltungsreform erörtert. Prof. Grebe leitete die Aussprache mit einem kurzen Referat ein. Zur Frage der Strafrechtsreform machte Abg. Wegmann, der bekanntlich Mitglied